

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

121 (25.5.1908)

Zeit.) Das wollen wir auch nicht. (Heiterkeit.) Es freut uns, daß die Lehrer, welche die Artikel schreiben, voraussehen, daß wir tolerante Menschen sind. (Große Heiterkeit.) Die frühere Entlassung von Kandidaten aus den Seminaren war in der Hauptsache auf die außergewöhnlich große Zahl von Erkrankungen in diesem Winter zurückzuführen. Die Ausbildung leidet keineswegs. Mit Einführung des neuen Lehrplanes an den Seminaren ist zu hoffen, daß wir einen ausgezeichneten Lehrstand erhalten. Wie schon gesagt, halten wir auf die Rotation keine große Stücke. In der Musik erblicke ich die Volksschule, die jedem zugänglich ist. Dispensationen in Einzelfällen sind nicht ausgeschlossen. Die Prügelstrafe besteht an der Volksschule nicht, es gibt nur die körperliche Züchtigung an der Volksschule nicht, des Züchtigungsrechts. Diese Einrichtung hat eine lange historische Geschichte hinter sich. Die Disziplinarfälle wegen Ueberschreitung seiner Befugnis sind sehr gering. Wenn ich sagen wollte, der Lehrer ist der Beste, welcher ohne Züchtigung auskommt, würde ich eigentlich gegen meine Ueberzeugung sprechen. Ich möchte tüchtige Lehrer vergessen, die einmal zum Stock greifen. Bei böswilligen Kindern kann dem Lehrer sehr wohl der Geduldsfaden reißen und die Züchtigung ist am rechten Platz. Wir dürfen unseren Lehrern nicht die Hand binden, sie tun, zu ihrem Lobe sei gesagt, bis aufs äußerste ihre Pflicht. (Beifall.)

Präsident: Eine Reihe von Abgeordneten hat auf das Wort verzichtet. Nach einer Uebereinkunft unter den Parteien sollen in der nächsten Sitzung nur noch sprechen die Abgg. Kopp (Zentr.), Rohrbach (natl.), Ged (Soz.), Seimbürger (Dem.) und Gierich (konf.). Die nächste Sitzung wurde auf Montag 4 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung steht zuerst die Frauenvereinsfrage, dann die Fortsetzung der heutigen Debatte.

Deutsche Politik.

General-Ordenskommission in Preußen.

Wäre Preußen ein Volksstaat, dann wäre eine Einrichtung, wie es die General-Ordenskommission ist, vollkommen entbehrlich. Der monarchische Staat aber muß Mittel haben, um Leute, die sich ein besonderes Verdienst um die Monarchie erworben haben, mit Auszeichnungen zu versehen. Geld kann man ihnen nicht bieten, denn das haben andere Leute auch, und überdies kann es doch nicht gut sichtbar getragen werden, deshalb steht es Orden und Sterne. Bei festlichen Anlässen wird dann der Praterock damit geschmückt und der simple Mensch meint, daß der mit einem Orden Befahrene auf einer höheren Stufe der Menschheit steht. Das Ordenswesen hat in Preußen eine eigene Verwaltung mit einem besonderen Etat. Die Einnahmen bestehen in den zurückgekommenen alten Ordensinsignien, die vermutlich verkauft werden. Das bringt im laufenden Jahr 17 700 Mark, dazu kommen noch diverse Einnahmen in Höhe von 62 Mk., so daß eine gesamte Einnahme von 17 762 Mk. zu verzeichnen ist. Dieser Einnahme steht gegenüber eine Ausgabe von 308 250 Mk. In der Spitze der besoldeten Beamten steht ein Bureauvorsteher mit 6000 Mk. Gehalt und freier Dienstwohnung. Solange er eine solche nicht hat, bezieht er bis 1500 Mk. Mietentschädigung. Die Expedienten erhalten 3000 Mk. bis 6000 Mk. Gehalt, die Sekretäre 1800—3800 Mk., zwei Kanzleibedienten je 1200—1800 Mk. und sämtliche Angestellte Wohnungsgeld. Für Reisekosten, Tagegelder und Geschäftsbetriebsmittel sind eingesetzt 10 510 Mk., für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien 200 000 Mk. Dieser Etat wird in beiden Häusern des Landtags ohne Debatte erledigt, denn die meisten der Herren haben gewiß Sehnsucht, auch mal was ins Knopfloch zu kriegen. Wer aber opponiert, der hat nichts zu erwarten.

Preussische Soldaten gegen streikende Arbeiter.

Das pommerische Städtchen Wolgast hat am letzten Mittwoch Szenen erlebt, wie sie in südlicheren Himmelsstrichen nicht allzufelten vorkommen, die aber in Preußen-Deutschland, dem Lande der unermesslichen Volksgebilde und bestdisziplinierten Arbeiterfamilie zu den allgrößten Seltenheiten gehören. Infolge des Streiks in der Zementfabrik Pommerischer Industrierbeiter sollten einige Arbeiterfamilien aus den Arbeiterwohnhäusern der Fabrik

ermittelt werden. Die verzweifelt Injassen setzten der Zwangsgewalt des Staates einen so zähen Widerstand entgegen, daß die Gendarmen und Polizeibeamten seiner nicht Herr werden zu können vermeinten. Der Magistrat requirierte Militär. Zwei Kompagnien vom 3. Bataillon des 42. Infanterieregiments rückten ein, und bald darauf richteten sich preussische Bajonette gegen die streikenden Arbeiter. Einige Verlegungen kamen vor, doch sollen sie nach den beruhigenden Berichten der Ordnungspresse nicht schwer sein. Nach den Berichten derselben Presse sollen die Arbeiter der anderen Betriebe des Orts beabsichtigen, in einen Solidaritätsstreik einzutreten. Verschuldet sind diese aufregenden Vorfälle zweifellos durch die Brutalität der Unternehmer, die den streikenden Arbeitern gegenüber sich nicht scheuten, von ihrem Hausbesitzerrecht gewalttätigen Gebrauch zu machen. Wie weit dann preussisch-antike Säueidigkeit dazu beigetragen hat, die Gegenläge weiter zu verschärfen, wird erst nach näheren Berichten zu beurteilen sein. „Staatsbehaltende Elemente“ aber mögen aus diesen an sich tief bedauerlichen Vorgängen lernen, daß schließlich auch preussische Arbeiter zu Mitteln der Bergweisung greifen können, wenn sie von brutaler Rücksichtslosigkeit zum äußersten getrieben werden.

Der Gemeindevahlproporz im Plenum der Reichskammer.

Kommt er oder kommt er nicht? Diese Frage ist auch am Donnerstag in der Sitzung der Granden nicht entschieden worden. Im Gegenteil ist dem zuständigen Minister des Innern, v. Bretzeich, die Lust, noch in dieser Session eine diesbezügliche Vorlage einzubringen, wesentlich benommen worden. Referent v. Crailsheim erstattete ein sehr längliches Referat, in dem er besonders jene Momente accentuierte, die im Ausschusse gegen den Beschluß der Abgeordneten-Kammer ins Feld geführt wurden. Herr v. Würzburg fand, daß das Verlangen nach dem Proporz laut wurde, weil die auf das konstitutionelle System gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt wurden. Mit dem Referenten hat er Angst vor den parteipolitischen Verhältnissen, die man bei der Wahl berücksichtigen werde, da es der Gemeindevorbereitung nicht entspreche, wenn die Auswahl der Kandidaten auf dem parteipolitischen Gebiete erfolge. Kein Fraktionswesen sollte eintreten. Dann kam der innigste Wunsch: zu einer gründlichen Behandlung der Vorlage in dieser Session sei die Zeit zu kurz und er würde bedauern, wenn noch jetzt eine Vorlage kommen würde. In die letzte Kerbe hieb auch der verderblich einflussreiche v. Auer. Mit dem Ausschussbeschlusse habe man der Regierung überlassen, eine Vorlage zu bringen. Allein auf die Gestaltung der Vorlage müsse man Einfluss nehmen können und ihren Inhalt nicht der Regierung allein überlassen. Auf eine solche Art Gesetze zu machen, ohne vorher den Inhalt wesentlich mitzubestimmen, wolle er der Staatsregierung nicht überlassen! Die Zeit sei zu kurz. Der Gesetzentwurf werde viele Fehler haben und vielen Einwendungen ausgesetzt sein. Er erinnert dabei an das bestehende Landtagswahlgesetz, das auch nicht genügend vorbereitet wurde.

Minister v. Bretzeich: Unser jetziges Gemeindevahlrecht ist aufgebaut auf der Bürgergemeinde. Die Verhältnisse haben sich gründlich geändert seit der Entwicklung insbesondere der großen Städte. Aus 42 Städten Bayerns liegen ihm Erhebungen vor. Es haben gewählt bei Gemeindevahlen nur 5,8 Prozent, bei Landtagswahlen 13 Prozent, bei Reichstagswahlen 19 Prozent. Andere deutsche Städte weisen höhere Sätze bei Gemeindevahlen auf. Große Minoritäten kämen nicht zu Wort. Der Proporz habe theoretisch und praktisch große Vorteile. Es wird nach parteipolitischen Grundsätzen heutzutage bei der Wahl verfahren werden müssen. Die Erfahrungen mit dem Proporz anderwärts seien durchaus günstig, auch bei den Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Der Gedanke des Proporz sei ein durchaus günstiger. So werde aus Bücktenberg berichtet, daß der Proporz bei den Gemeindevahlen 1907 sich durchaus bewährt habe. Die Parteipolitik sei nicht mehr als früher herborgetreten, die Parteikämpfe hätten sich vermindert. Gleiches werde gemeldet aus Hamburg, Belgien, Norwegen und der Schweiz. Der Proporz sei sehr geeignet, auch die Minorität zu praktischer Arbeit heranzuziehen. Feuer könne die Vorlage noch erledigt werden auf dem Wege eines Plankomites umzubringen und zu erwürgen? Wie eine wilde Raube ist sie ihm auf den Hals gesprungen — ich sehe es ordentlich vor mir“, flüsterete der Detektiv.

Zwischen den Zeiten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)
 „Ihr nom de guerre, ja, ja. Wie heißt sie eigentlich?“
 „Ich weiß es nicht. Jetzt beginnt sie die Strafproduktionen — nun merken Sie auf, Herr Affessor, was für enorme Kraft in diesen mageren Armen und in diesen scheinbar so zierlichen Händen wohnt, Sie werden erstaunen!“
 Signora Leona ließ ihre gelehrten Kaben in tadelloser Paradoxe abtreten, dann griff sie nach ein paar großen Gewichten, die auf dem Boden im Hintergrund des Podiums lagerten.
 „Wollen die Herrschaften sich überzeugen, daß die auf den Gewichten angegebenen Kilo stimmen?“ begann sie, sich gegen das Publikum verneigend, mit ihrem nicht unangenehmen, aber eigentümlich gepreßten und ziemlich hohen Organ, von dem Krüger unwillkürlich den Eindruck erhielt, daß es Lüne hervorzubringen vermöge gleich dem eines wilden, zur höchsten Wut erregten, um sich beißenden und fauchenden Tieres.
 Der Affessor selber sprang sofort hinzu, um die Gewichte zu prüfen.
 „Fünfundzwanzig Pfund — stimmt. Ein Zentner — wahrhaftig, ich glaube es. Und das wollen Sie heben?“
 Die Zwergin lächelte stolz.
 „Sie werden noch viel mehr sehen,“ entgegnete sie zuberächtlich.
 In der Tat — die Leichtigkeit, mit welcher sie die vorhandenen schweren Eisengewichte hob und handhabte, die Manipulationen, die sie mit ihnen ausführte, ließ auf ebensoviele natürliche Kraft, wie lange Übung und körperliche Gewandtheit schließen. Zum Schluß folgte ein Ringkampf mit einem Arbeiter aus dem Publikum — es gelang dem starken Mann nicht, die elastische, gewandte und kräftige Zwergin zu überwältigen, mit erstaunlicher Kraft hielt sie seine Handgelenke gepackt und mit kakenartiger Schnelligkeit und Lücke verstand sie, ihn immer wieder zu fassen und von sich abzuschütteln.
 „Glauben Sie nun, daß das die richtige Person war, den

gefes, das nur die Hauptgrundsätze enthalte; das Verfahren lasse sich im Wege eines Wahlreglements ändern. Ob die untere Grenze des Proportzes auf 4000 Seelen fixiert werde, sei eine Frage für sich. Man habe die kleinste wählbare Stadt zum Maßstab genommen. Mit dem Proporz werden mehr Friede und Ordnung ein.

Nachdem dann v. Auer seine warnende Stimme erheben betonte der Minister nochmals, daß das Verhältnismäßigkeitsgesetz sehr einfach sei.
 Als v. Auer das Wort ergriff, muß ihm Prinz Ludwig ein sehr unfreundliches Zuruf gemacht haben, worauf er einige Minuten stockte. Prinz Ludwig, der im Ausschusse für den herbortrat, schwiez sich heute aus.
 Referent v. Crailsheim vertrat dann nochmals den Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung über die Beschlüsse der Abgeordneten-Kammer, da er den vollen Vertrauen zum gegenwärtigen Minister habe! Aber dreimal unterstrich er den Gedanken, daß es im Sinne der Mehrheit des Ausschusses liege, wenn in dieser Session keine Vorlage beschlosse.
 Der Minister wird aber wohl prüfen, daß der Wille der zweiten Kammer mit großer Einigkeit sich dokumentieren, daß darauf mehr Rücksicht zu nehmen ist als auf die unangelegliche Meinung einiger Herrenhäuser, die an den Grundgründen des Ministers tendenziös vorbeigehen.

Ausland.

Frankreich.

Als entsprechenden Charakterzug der verflochtenen Parteien wie der Gemeindevahlen kennzeichnet Genosse Dubreuilh im „Peuple“ den engen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die vereinigten Sozialisten. Nach dem Wunsch der rechtsliberalen Großbourgeoisie haben die Radikalen sich nicht nur mit dieser, sondern sogar mit den Stichwahlen die Parole ausgegeben: unter allen Umständen gegen die Sozialisten! Man sieht, ganz wie bei uns. Die Streitigkeiten um die Verteilung des Profits unter die verschiedenen Gruppen des Bürgertums werden durch die Befähigung des Profits selbst, wie der drohende Sozialismus sie mit sich bringe, rasch ausgeglichen — samt den Streitfragen der Politik und der Weltanschauung.“ So ergibt sich die Abhandlung der radikalen Regierungspartei, die Auflösung der kleinbürgerlichen Demokratie, deren führende Elemente Anschluß nach rechts bürgerlich und die Arbeiter den Weg zur konsequenten sozialistischen Demokratie finden. Und die sozialistische Einigkeit wird von Tag zu Tag gefestigt durch den Zusammenschluß der Gegner. „Diese Einigkeit erfordern die Ereignisse von uns mehr als je. Wir wären zu ihr verurteilt, selbst wenn wir sie nicht wollten. Aber wir wollen sie mit unrer ganzen Kraft und werden sie weitestgehend als das kostbarste unserer Güter.“

Badische Politik.

„Der sozialdemokratische Terrorismus im badischen Landtag.“

Diese Ueberschrift trägt ein Flugblatt, welches in 24 000 Exemplaren gedruckt und gestern im 39. Landtagswahlbezirk verteilt worden ist. Unsere Leser erraten, daß es sich um den Zentrumsabgeordneten Belzer handelt, der nachweisen will, daß seine „Fälle“, die er in der Kammer vorgebracht, den Tatsachen entsprechen.
 Nachweis hin, Nachweis her! Herr Belzer kann niemals mehr, so lange er Abgeordneter ist, das Ohnmütige von sich nehmen, daß er in schönester Weise die Arbeiterinteressen verkannt hat und daß er die Arbeiter durch den andern zu hegen versuchte. Ein Arbeiter, der es fertig bringt, von dem Terrorismus der Arbeitgeber zu schweigen, dafür aber alles aufzubläuen, um den „Terrorismus“ zwischen Arbeitern einer öffentlichen Körperschaft vorzutragen, ist für immer gebrandmarkt.

„So jung?“
 „Glauben Sie, daß er als alter Mann auf die Welt kam?“
 versetzte sie gereizt, entriß ihm das Medaillon und schloß es hastig.
 „Was für eine Landsmännin sind Sie, wenn man fragen darf?“ erkundigte sich Krüger.
 „Ich bin aus Ungarn gebürtig, mein Herr, aus Sipps in Komitat Komoc.“
 „Das hört man Ihnen nicht an.“
 „O, ich bin als Kind von 2 Jahren schon nach Deutschland gekommen und hier aufgewachsen — ich spreche meine Muttersprache nur sehr unvollkommen.“
 Damit wandte sie sich ab und den übrigen noch anwesenden Zuschauern zu, während Krüger und sein Begleiter langsam und ohne eine Spur von Aufregung zu zeigen, die Bude verließen.
 Draußen angelangt, tippte der Detektiv den Affessor bescheidlich auf den Arm.
 „Haben Sie das Porträt erkannt?“
 „Es war Morjons.“
 „Morjons, allerbing. Und darin liegt der Schlüssel zu dem Verbrechen. Sie muß diesen Morjon geliebt haben.“
 „Also ein Mord aus Eifersucht?“
 „Oder aus unglücklicher Liebe — auch aus Rache. Schauen Sie nun den Schluß meiner Ausführungen. Ich erhalte schon in Halle, wessen Impresario jener Vertel war — und da ging mir bizarrig das Verständnis aller geheimnisvollen Umstände auf. Nicht ein Kind, sondern eine Zwergin war es, welche Claude erblickte und welche Frau Dehnert für eine gebildete Gestalt hielt — das erklärte die eigentümlichen Strangulationsformen — als ich dann noch vernahm, daß auch die Frau des Schmeibels eine kienende Person zu sehen wähnte, konnte ich nicht mehr zweifeln.“
 Beide Frauen hatten ja nur einen flüchtigen Blick auf diese Gestalt geworfen und daher war die Täuschung entstanden — Claude aber hatte eben nur eine kleine, verummte Gestalt überblicken sehen. Derselbe Bekannte Verfels, der mir von seinem Aufenthalt in jenem Städtchen zu sagen wußte, erzählte mir, daß er von dort nach Rudolstadt aufgebrochen sei. Ich folgte ihm und fand ihn hier aus — das ist im wesentlichen der Verlauf meiner Expedition.“ (Fortf. folgt.)

Seite 2.
 Ger...
 und bel...
 Beden...
 die St...
 zu ein...
 große...
 die M...
 kaufm...
 meng...
 im ein...
 die gro...
 dies de...
 stoffe...
 als die...
 tag aus...
 schaff...
 um die...
 ders au...
 Begner...
 Das...
 In...
 gericht...
 Monate...
 Wollte...
 nachdem...
 beantrag...
 D...
 1908...
 und C...
 niefen...
 Aus...
 gründen...
 verlegen...
 leben in...
 diesen...
 darauf...
 genommen...
 Reich...
 wahren...
 gerufen...
 Infrage...
 notwendig...
 Gehir...
 gegen da...
 und es...
 Berloß...
 Das...
 ab nach...
 hin für...
 haben ist...
 Die...
 heiligt...
 nötig...
 jene von...
 Beispiel...
 Der Ker...
 auch nicht...
 die Wen...
 Bre...
 lungen...
 am letzte...
 fungen...
 lungen...
 vertrieben...
 zu beach...
 Die...
 „Engel“...
 sonfer...
 Das...
 Reize...
 am 2...
 ist in...
 Punkt...
 Reue...
 über d...
 Gebrauc...
 gestirnt...
 diese Ver...
 den Zer...
 mittag...
 sowie alle...
 Meh...
 Lerne...
 Pfiche...
 Reflekt...
 einem...
 Beh...
 spät...
 legen...
 Verbre...
 digt...
 auf...
 gelau...
 gelieb...
 haben...
 sich...
 Als...
 daß sein...
 demokra...
 bracht...
 mehr...
 der Unt...
 folgen...
 hätte...
 (Fortf. folgt.)

Wasserkräfte und Volkswirtschaft.

Herr Raurat Dr. Fuchs, der frühere Fabrikinspektor und bekannte Sozialpolitiker in Karlsruhe, hat im Verlag "Bodenreform" (Berlin NW. 23, Lessingstraße 11; Preis 30 Pf.) eine recht zeitgemäße Broschüre erscheinen lassen. In einer auch dem Laien verständliche Weise wird die große wirtschaftliche Bedeutung der Wasserkräfte für die Entwicklung der Technik, des Verkehrs und der Landwirtschaft dargestellt, angeführt des Umstandes, daß die Kohle immer teurer wird und schließlich versiegt. Interessant ist die Schilderung der technischen Fortschritte auf dem Gebiet der Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Wasserkraft, wodurch es möglich wurde, ungeheurer Kraftmengen in Zentralanlagen zu gewinnen und fortzuleiten. Am eingehendsten ist die Frage erörtert, ob der Staat selbst die großen Kraftwerke ausbauen und betreiben oder ob er dies dem Privatunternehmen überlassen solle. Der Verfasser bejaht die erste Frage aus technischen und wirtschaftlichen Gründen. Sie verdienen umföhrer Beachtung, als die Beweisführung nicht von einem vorgefaßten Lehrsatz ausgeht, sondern sich auf sachliche, technische und wirtschaftliche Tatsachen stützt. In den wirtschaftlichen Kämpfen um die natürlichen Wasserkräfte wird die Schrift, besonders auch wegen des Tatsachenmaterials, dem Freund und Gegner des Staatsmonopols von Nutzen sein.

Das Urteil im Harden-Prozeß aufgehoben.

In der am Samstag fortgesetzten Verhandlung des Reichsgerichts über die Revision Hardens gegen das Urteil des Landgerichts Berlin I vom 3. Januar ds. Jz., das auf vier Monate Gefängnis wegen Verleumdung des Grafen Kuno von Holfte lautete, verhandelte der Senatspräsident Hr. v. Bülow, nachdem Oberrechtsanwalt Richter die Aufhebung des Urteils beantragt hatte, folgende Entscheidung:

Das Urteil des Landgerichts I zu Berlin vom 3. Januar 1908 wird aufgehoben und zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung die Sache an die vorige Instanz zurückgewiesen.

Aus der Begründung heben wir hervor: Den Revisionsgründen des Angeklagten ist in der Hauptsache der Erfolg zu versagen. Das Urteil war aber in weitem Umfange aufgehoben auf Grund der erhobenen Prozeßbeschwerden. Von diesen war berechtigt die Prozeßakte der Revisionschrift, die sich darauf bezieht, daß der Zeuge Fritz Gerich unbeeidigt vernommen worden ist. Wie das Protokoll ergibt, war der Zeuge Gerich vorher vernommen worden, und ist nachher wieder vernommen worden, ohne von neuem vereidigt zu werden oder die Aussage auf seinen früheren Eid zu nehmen. Das wäre aber notwendig gewesen, denn nach dem Protokoll war der Zeuge Gerich entlassen. Unter diesen Umständen war es ein Verstoß gegen das Gesetz, daß der Zeuge unbeeidigt vernommen wurde, und es ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß auf diesem Verstoß das Urteil beruht.

Das Reichsgericht hat demnach sich um die wesentliche Frage, ob nach Freisprechung in erster Instanz auf eine Privatklage hin die Staatsanwaltschaft ein völlig neues Verfahren vor dem fünfmännigen Kollegium eröffnen könne, herumgeredet. Aufgehoben ist das Urteil wegen Nichtbeeidigung eines Zeugen.

Die politische Bedeutung des Spruches des Reichsgerichts beruht vor allem darin, daß nunmehr eine neue Verhandlung nötig wird, die unter ganz anderen Umständen stattfinden, als jene von Herrn Lehmann so merkwürdig geföhrt. Harden behauptet ja, Herr Lehmann habe vor der Verhandlung geäußert: Der Herr muß verurteilt werden! Schließlich hat auch, wenn auch nicht im juristischen Sinne, die Verhaftung Eulenburs die Wendung in dem neuen Verfahren herbeigeföhrt.

Aus der Partei.

Bretten, 24. Mai. Die regelmäßigen Monatsversammlungen des hiesigen sozialdemokratischen Vereins finden jenseits am letzten Samstag im Monat statt. Die jährlichen Einladungen an die Genossen werden von jetzt an nicht mehr erfolgen, sondern werden im Vereinsanzeiger des "Vollstreund" veröffentlicht. Die Genossen werden gebeten, den Vereinsanzeiger zu beachten.

Die nächste Versammlung findet Samstag, den 30. Mai, im "Engel" statt. Am Himmelstagsfest, mittags, findet eine Kreisversammlung, ebenfalls im "Engel" statt.

Walden, 23. Mai. Der Fröhling-Wandermarsch der Reisgesellschaft "Frisch Auf" wird — bei günstiger Witterung — am 29. Mai (Himmelfahrtstag) stattfinden. Der Sammelplatz ist in der Lichtentalerstraße an der russischen Kirche, von wo aus punkt 9 1/2 Uhr morgens abmarschiert wird. Der Weg geht über Kaulens (Grünbachfälle), Forsthaus, Plättig, Schwabenwäsen und über den Zimmerplatz zurück. Die Teilnehmer wollen sich mit Proviant versehen, weil außer am Plättig, wo ein Glas Milch getrunken werden kann, nirgends eingekauft wird. Wir haben diese Tour deshalb nur auf einen halben Tag beschränkt um den verzeiraten Freunden Gelegenheit zu geben, den Nachmittag mit der Familie verbringen zu können. Unsere Mitglieder, sowie alle Bekannte laden wir hierzu freundlichst ein.

Gewerkschaftliches.

Wetzlar, 22. Mai. Ein ziemlich energischer Unternehmer ist Herr Fischer von der Firma Graf und Fischer hier. Anlässlich einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Wetzlar beizonte Herr Fischer, daß die Firma sich veranlaßt sah, einem Arbeiter F., welcher Sozialdemokrat und Heizer sei, zu kündigen, weil er, als der Heizer 3 Minuten zu spät geöhft hatte, den Kof angezogen habe und zu den Kollegen sagte, sie sollten das gleiche tun. Wegen dieses ungeheuren "Verbrechens" wurde also einem verheirateten Arbeiter geföhndigt. Ein anderer Arbeiter wurde während der Kündigungszeit auf den Pflaster gemorfen, weil ihm sein Hund ins Geschäft nachgelaufen und er auf Befehl des schneidigen Herrn F. nicht stehen geblieben ist. Der Arbeiter wird dazu wohl Grund gehabt haben, was die Verhandlung vor dem Schöffengericht, nach der sich Herr F. so sehr sehnt, wohl zeigen dürfte.

Als dem Herrn F. vom Vertreter des Klägers gesagt wurde, daß seine Handlungsweise, einen Arbeiter einfach als Sozialdemokrat und Heizer vor Gericht zu denunzieren, wenig angebracht sei, wurde von Herrn F. erwidert, daß keiner vom Verband mehr in seine Bude komme. Auf diese Weise hat sich schon mancher Unternehmer geöhrt, der dann später froh war, Verbandskollegen zu bekommen. Daß behauptet wurde, der Arbeiter hätte einen Schnapsrausch gehabt oder andere schöne Dinge

mehr, haben wir erwartet. Weil aber nun Herr F. Zeugen aufbieten will für seine Behauptung, so möchten auch wir alle Metallarbeiter, welche bei Graf u. Fischer in Wetzlar in letzter Zeit beschäftigt waren, ersuchen, ihre Adresse an Gustav Melber in Radolfzell einzuschicken, damit sie gegebenenfalls als Zeuge dienen können. Es ist aber notwendig, dies sofort zu tun.

Badische Chronik. Durlach.

24. Mai.

In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins vom 23. Mai wurde zunächst der Bericht von der am letzten Sonntag stattgehabten erweiterten Vorstandssitzung des Wahlkreisvereins erstattet. Diese Sitzung hatte sich in der Hauptsache mit den durch das neue Vereinsgesetz bezüglichen dazugehörigen Ausführungsbestimmungen notwendig gewordenen Änderungen in der Organisation zu befassen. Im Anschluß an diesen Bericht wurde die Möglichkeit der Anstellung eines Sekretärs für den Wahlkreis diskutiert. Allseitig wurde anerkannt, daß die Sache zurzeit noch nicht spruchreif ist. Der in diesen Tagen ausgegebene Umlagezettel hat, da er eine erhebliche Umlageerhöhung brachte, unter den Umlagezahlern einige Erregung verursacht. Es wurde nach der Ursache geforscht und "natürlich" entdeckt, daß nur die sozialdemokratischen Bürgerauschuhmitglieder daran "schulb" seien. Selbst Arbeiter machen bedauerlicherweise diesen Rummel mit. Um diesem Vorwurf entgegenzutreten und vor allem die wirklichen Ursachen dieser Umlageerhöhung nachzuweisen, soll am kommenden Freitag eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, wozu heute schon besonders diejenigen eingeladen sind, welche den Vorwurf gegen uns so eifrig folportieren. Reichstagsabgeordneter Gen. Eichhorn wird voraussichtlich referieren. Für die nächste Mitgliederversammlung ist wieder ein Vortrag in Aussicht genommen.

Erlingen.

24. Mai.

Es war wirklich ein Schauspiel für Götter, die christliche Nacheversammlung gestern Mittag in der "Sonne". Der Saal war überfüllt; über zwei Drittel der Anwesenden stellten die freien Gewerkschaften. Das Referat der Frau Köhling wurde abgelehnt, da außer zwei Genossinnen nichts Wichtiges auf dem Plane erschien, nicht einmal die Referentin selbst. Herr Köhling selbst hielt erst auf ausbrüchliches Verlangen der Versammlung sein mit so großem Lärm angefündigtes Referat. Der Referent führte auch zugleich den Vorsitz der Versammlung. Der Herr provozierte die Versammlung in unerhörte Weise und nur der Disziplin der freien Gewerkschaftler hat er es zu danken, daß er mit heiler Haut nach Stralsburg abkam. Er konnte, was auch ein alter, angesehener hiesiger Zentrumsmann bekundete mit der Ausrufung: "Wenn es hier zu Erzeffen gekommen wäre, könne er niemanden die Schuld zu weisen wie Köhling. Dem Genossen Schneider wurde es durch das unqualifizierbare Verhalten der christlichen Verbandsleiter Köhling unmöglich gemacht, zu sprechen. Wir werden in der morgigen Nummer näher auf die Versammlung eingehen und wollen erst den auf heute zu erwartenden Schimpfartikel des "Bad. Landmann" abwarten.

Bruchsal.

24. Mai.

Zum Prozeß gegen den hiesigen Stadtrat schreibt man uns von geschätzter Seite:

Die nunmehr sieben Monate hindurch betriebene Haupt- und Staatsaktion gegen den hiesigen Stadtrat in der bekannten Schlaachhofangelegenheit hat nun — hoffen wir endgiltig — vor dem hiesigen Schöffengericht ihre Erledigung gefunden. Man erinnert sich, daß der Stadtrat den bisher auch von der Staatsbehörde nachdrücklich als dringend bezeichneten Schlaachhof-Neubau unter dem Zwang der Verhältnisse und um der Stadt mindestens 50 000 Mk. zu ersparen, beginnen ließ, ohne die von der Staatsbehörde anerkanntermaßen schuldhaft und grundlos verzögerte gewerbe- und baupolizeiliche Genehmigung abzuwarten. Diesen formalen Verstoß des Stadtrats glaubte das Ministerium des Innern in Wahrung der Staatsautorität und trotz ihm bekannter Sachlage nicht ungebüht hingen lassen zu dürfen und setzte demgemäß bereits zu Ende des vorigen Jahres die Staatsanwaltschaft durch Strafanträge gegen die Stadtratsmitglieder in Bewegung. Zunächst wurde versucht, unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Sache durch amtsgerichtliche Strafgebote zu erledigen; als das hiesige Amtsgericht diesem Antrag nicht entsprach, blieb natürlich nur der Weg der öffentlichen Klage übrig, der denn auch mit voll befriedigtem Resultat auf 26. Februar wurde Hauptverhandlung angelegt; kurz vor der Verhandlung wurde jedoch angelächelt zwecks weiterer Information der Anklagebehörde der Termin wieder abbestellt. Diese Informationen scheint bis heute in Anspruch genommen zu haben, nachdem inzwischen noch von seiten der Anklage der vergebliche, durch das Landgericht abgewiesene Versuch gemacht worden war, den hiesigen zuständigen Amtsrichter wegen Befangenheit abzulehnen.

Im Termin wurde nun die Staatsautorität dadurch gerettet, daß gegen die Mitglieder des Stadtrats und die Bouleitung geringfügige Geldstrafen erkannt wurden, die weit hinter den ministeriell inspirierten Anträgen zurückblieben. In zutreffender Beurteilung der Dinge blieb der gesamte Stadtrat der Verhandlung fern.

Die Wahrung der Staatsautorität steht allerdings in Wahrheit und in den Augen des Volkes mitunter wesentlich anders aus, als durch die Brille unserer Normal-Staatsbürokratie. Schon die seltene Einmütigkeit, mit welcher allerorts und in der Presse das Vorgehen gegen den Stadtrat be- und verurteilt wurde, hätte zu denken geben müssen. Niemand kann begreifen, daß zur Wehrzahl ehrenamtlich tätige Personen, die unter allen möglichen Schwierigkeiten das ganze Jahr hindurch ihr bornenvolles Amt nach oben und unten gewissenhaft führen, gerade von einer Seite vor den Kadi geschleift werden, deren Organe durch ihr Verhalten die Verfehlung des Stadtrats verursachten, sowie daß sich gerade diejenige Behörde zu einem solchen Vorgehen bezuhalten fühlte, von welcher man in erster Reihe die Würdigung jener Tätigkeit sowohl als der im vorliegenden Falle vorhandenen Zwangslage hätte erwarten dürfen. Die in der Hauptverhandlung von der Verteidigung zutage geföhrteten Tatsachen haben gerade in dieser Hinsicht zu eigentümlichen Ermüdungen und Auffassungen über ein solches Verfahren anregen müssen.

Niemand kann es endlich verstehen, wenn in einem solchen Falle die Staatsautorität durch Schwingen des Polizeikodes gerettet werden will, während naheliegende verständigere Maßnahmen vermieden hätten, daß im Gegenteil weite Kreise der Bürgerschaft durch ein solches Verfahren erbittert und verärgert wurden. Die Folgen werden sich fühlbar machen.

Item, die Hauptverhandlung mit ihrem kläglichen Resultat hat der öffentlichen Meinung recht gegeben: Die Haupt- und Staatsaktion gegen den Stadtrat ist dem verdienten Schicksal verfallen, dem Fluche der Rächerlichkeit!

Freiburg.

24. Mai.

Maifeier und Unternehmer. Wie wenig sich die Arbeitgeber an tariflich festgelegte Bestimmungen halten, zeigt folgender Vorgang:

In Freiburg wurde beim Abschluß des Tarifes im Schreinergerber festgelegt, daß wegen der Maifeier niemand gemahregelt werden darf. Trotz dieser Abmachung ging dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes folgendes Schreiben zu:

Litt. Deutscher Holzarbeiterverband, Hauptstelle Freiburg! Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe hat im Jahre 1906 in Dessau und im Jahre 1907 in Hildesheim beschloffen, daß die maifeiernden Arbeiter auf 3 Tage ausgesperrt werden sollen und zwar derart, daß mindestens ein Arbeitstag in die Aussperrung fallen soll.

Diesen Beschluß bringen wir als Bezirksverband des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe Ihnen zur Kenntnis, indem wir Ihnen anheim geben, Ihre Mitglieder entsprechend zu benachrichtigen.

In dem Schreiben wird dann noch angeführt, daß die gesamte Holzindustrie in Frage käme.

Ganz abgesehen davon, daß dieser Beschluß gegen die Abmachung in Freiburg verstoßt, zeigt er so recht den Herrensstandpunkt der Arbeitgeber. Die Freiburger Arbeiter müssen, wenn es den Herren beliebt, jeden Mariatag die Arbeit ruhen lassen, aber, ob am ersten Mai die Arbeit ruhen darf, darüber wollen sie ebenfalls allein entscheiden.

Villingen.

24. Mai.

Der Hauptreferent der Baden-Badener Gelblotterie, 20 000 Mk., fiel auf Nr. 24512 und kam nach Villingen.

Selbstmord. In Buchenberg hat sich der ledige 47 Jahre alte Sohn des Tischlozmüllers Stockburger in einem Anfall von Schwermut erschossen.

Waldshut.

24. Mai.

Der Bezirksstüberkulojoseauschuh Waldshut hatte im abgelaufenen Jahre 1115 Mk. Einnahmen und 873 Mk. Ausgaben und verzeichnet einen Aktiobaldo von 243 Mk.

In dem benachbarten Wolpadingen ist gestern Nachmittag das Wohnhaus des Landwirts Raimund Berger in auf den Grund niedergebrannt. Die meisten Ortsbewohner waren auf dem Felde beschäftigt, als der Brand ausbrach und als sie zur Hilfe kamen, war eine Rettung des Anwesens nicht mehr möglich. Es wird Brandstiftung vermutet. Das Gebäude ist versichert, die Sachhabe dagegen nicht.

Forstheim, 24. Mai. Ein mysteriöser Vorgang soll sich nach Angabe eines 14jäh. Kaufmannslehrlings am Samstag im Hausgang Bleichstraße 88 abgespielt haben. Der Lehrling hatte 300 Mark auf der Bank geholt, unterwegs sei ihm nun ein etwa 16jähriger Mensch nachgeschlichen und habe ihm in dem betr. Hausgang etwas unsanft am Hals gepackt, worauf der andere verschwunden sei. Geld habe er nicht genommen.

Verhaftet wurde am Freitag Abend der vor einiger Zeit bankrotte Kaufmann Hugo Voruch unter dem Verdacht, Vermögensstücke im Betrag von mehreren Tausend Mark zum Nachteil seiner Gläubiger beiseite geschafft zu haben.

Gernsbach, 24. Mai. In Lautenbach machte der 70 Jahre alte Tagelöhner Sebastian Schiel seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Todtnau, 24. Mai. Der Turmwächter Adolf Trenkle hat vom Sonntag ab wieder auf seiner luftigen Höhe beim Feldbergertum Wohnsitz genommen. Die Luftfahrt erfolgt durchs Hölental-Wärental, weil die Wege da am günstigsten sind. Mit dem Bau des neuen Turmes soll im nächsten Jahre bestimmt begonnen werden.

Oeflingen, 24. Mai. In den letzten Nächten wurde im hiesigen Bahnhofgebäude eingebrochen. Der Beamte fand am Morgen, daß die Schalterkasse gewaltsam erbrochen worden war. Aus einer Schublade wurden 14 Mk. entwendet. Ein größerer Betrag ist dem Dieb nicht in die Hände gefallen, da die Hauptsumme vorher abgeliefert wurde.

Waldshut, 24. Mai. Der Pferdewechter Bartholomäus Maier von Neustadt bei Salem, welcher bei Herrn Wurz dahier bedienstet war, hatte vorgestern von Liggeringen her Holz zu führen. Als derselbe die sogen. Dettelbachstraße herunterfuhr, kam er unter den schwer beladenen Wagen, die Räder gingen ihm über die Brust und beide Arme. Ein Angestellter des Architekts Finus von Radolfzell, welcher abends des Weges daher fuhr, fand den verunglückten Mann tot auf der Straße liegend und den Wagen ca. 50 Meter abwärts auf dem Wege stehend.

Dörrach, 24. Mai. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern beim hiesigen Bahnhof. Das neunjährige Ankleben des Malermeisters John sprang in das Fuhrwerk der Brauerei Simmer und ist den erlittenen Verletzungen bereits erlegen.

Ein schreckliches Unglück ereignete sich am Freitag außerhalb des Bahnhofes in Michen beim Uebergang an der Schmiedstraße. In dem Moment, als der in Dörrach um 5 Uhr 27 Minuten in Dörrach abgegangene Personenzug in die Station einfahren wollte, fuhr ein zweispänniger Heuwagen über die offen gelassene Barriere. Der Wagen wurde auf die Seite geworfen und vollständig zertrümmert, das eine Pferd sofort getötet, das andere schwer verletzt, daß es ebenfalls sofort abgetan werden mußte. Der Fuhrmann und zwei seiner Anechte, die sich auf dem Heuwagen befunden hatten, wurden in weitem Bogen auf die Straße geschleudert und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie sämtlich ins Spital verbracht werden mußten. Die Schuld an diesem schweren Unglück trifft den Barrierenwärter, der aus Vergeßlichkeit die Barriere offen gelassen hatte. Gegen ihn ist bereits eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

enthalte; das... 4000 Seelen... die Meiste... mit dem Proporz... Stimm... Verhältnis... ihm Prinz... gemacht haben... und der... Ausschüsse... dann nochmals... Tagesordnung... da er den... treffen wolle... ritter habe... es im Sinne... dieser Ges... daß der... sich dokument... als auf die... die an den... gungen.

er verfloren... dnet Genosse... menichsluß der... Sozialisten... Bourgeoisie... sondern sogar... ungenetun und... unter allen... sieht, gang wie... ilung des Profit... rgeriums werden... die der drohen... ausgegliedert... der Weltanschau... die radikalen... Bürgerlichen Dem... schluß nach... r aus dem... r konsequenter... die sozialist... at durch den... nigkeit erfordert... r wären zu... llen. Aber... werden sie...

im badischen... att, welches... 39. Landtag... efer erraten, daß... elzer handelt... die er in der... sprechen.

Delzer kann... ist, das... die Arbeiter... der... geber zu... "Terrorismus"... pertschaft vorz...

die Welt kam... on und schloß... wenn man fragen... r, aus Lippa im... nach Deutsch... e meine Mutter... noch anwesend... ter langsam und... Bude verließen... den Assessor...

Schlüssel zu den... Nach. Hören... sch erfuhr... und da ging... vollen Umständen... s, welche Gläub... te Gehalt hielt... des Schmeides... ich nicht mehr...

Blid auf diese... entstanden... te Gehalt vor... der mir von... wachte, ersah... schen sei. Da... besenlichen der... folgt.)

* Rheinischen, 23. Mai. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern in dem benachbarten Wallbach. Der 29 Jahre alte Landwirt Josef Ritter stürzte infolge Unachtsamkeit von einem mit Wellen hoch beladenen Wagen und erlitt einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod des Verunglückten zur Folge hatte.

* Mannheim, 24. Mai. Proletarierkinder. Eine wahre Regäre hatte sich am Samstag in der Person der 71 Jahre alten Witwe Johanna Schifferdecker von hier vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Frau ernährt sich von der Pflüge ihr von der Stadtverwaltung und von armen Müttern anvertrauten Kindern. Trotz der aufmerksamen Kontrolle hat diese Frau ein Büchlein von 6 Monaten mit einem Stode derart traktiert, daß die ganze Kreuzbeinengegend grün und blau war, ein andermal sah eine Augenzugun, daß sie dem Kinde mit voller Wucht zwei Schläge ins Gesicht verfehlte. Ein anderes Kind von 15 Monaten schleuderte sie einmal mit voller Wucht auf das harte Lager, das Kind wurde in alter schmutziger Beschürze gewaschen und wenn es sich beschmugte, stellte sie es zum Waschen einfach unter den Wasserhahn. Ein bei ihr in Pflege befindliches 6 Jahre altes Mädchen war derartig eingeschüchtert, daß die Angeklagte erst aus dem Saale hinausgebracht werden mußte, dann gestand es, daß es auf die roheste Weise mißhandelt werde. Nur in Rücksicht auf ihr hohes Alter und ihre seitherige Straflosigkeit sah das Gericht von einer Gefängnisstrafe ab, sie erhielt 50 Mark Geldstrafe.

Hauseinsturz.

Segel, Amt Borberg, 24. Mai. Ein fürchtbares Unglück hat sich hier ereignet. Bei der Hebung eines der ältesten Häuser stürzte dasselbe in sich zusammen, viele Arbeiter unter den Trümmern begrabend. Vier davon wurden tot unter denselben hervorgezogen. Einer ist schwer, zehn leicht verletzt. Der Unternehmer ist verhaftet.

Neues vom Tage.

Eine Ballon-Katastrophe.

Newport, 24. Mai. Aus Oakland (Kalifornien) wird gemeldet: Eine fürchtbare Ballon-Katastrophe ereignete sich gestern hier anlässlich der ersten Fahrt des lenkbaren Riesen-Luftschiffes „Morell“ das einen Inhalt von 500 000 Kubfuß Gas hatte. Der Ballon hatte fünf Motoren von je 40 Pferdekraften. In seinem Karbe hatten sechzehn Personen Platz genommen. Als das Luftschiff eine Höhe von 90 Meter erreicht hatte, stürzte es plötzlich mit großer Schnelligkeit zu Boden und zerschmetterte. Alle 16 Insassen sind schwer verletzt, mehrere tödlich.

Dem „Lokalanzeiger“ zufolge plakte in einer Höhe von etwa 300 Fuß vom Erdboden ein Gasbehälter und der Morell begann sich zu senken. Bald darauf erfolgte eine zweite Explosion, infolge deren der ganze mehrere Tonnen schwere Apparat mit Behemung herabstürzte. Die Verunglückten erlitten meist Arm-, Bein- und Schädelbrüche. Sämtliche Verunglückte wurden ins Krankenhaus geschafft, wo bald darauf 7 von ihnen starben. Bei der Katastrophe waren tausende von Zuschauern anwesend, deren sich eine fürchtbare Aufregung bemächtigte. Viele Frauen fielen in Ohnmacht.

Stuttgart, 24. Mai. Wie wir feinerzeit berichteten, ist am 23. Januar die Glaserinwitwe Fuhr in ihrer Wohnung erdroffelt worden. Wegen Verdachts der Ermordung wurde der geisteskranke Vareis, in demselben Hause wohnhaft, verhaftet und trotz seines Leugnens seither verwahrt. Trotzdem die Voruntersuchung erhebliche Verdachtsgründe gegen Vareis ergeben hat, mußte er nach vorausgegangener Beobachtung als völlig gestirnt anher Verfolgung gesetzt werden; bleibt aber seiner Gemeingefährlichkeit halber in einer Irrenanstalt interniert.

Mühlhausen, 24. Mai. Beim Baden ertrunken ist am Freitag der 12jährige Volksschüler Hunkel, welcher, obwohl des Schwimmens unkundig, in der Ill unterhalb des Volksbades badete. Da nicht sofort Hilfe zur Stelle war, mußte der Knabe jämmerlich ertrinken. Die Leiche wurde später gefunden, wobei noch vergebliche Wiederbelebungsversuche gemacht wurden.

München, 23. Mai. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute Mittag auf dem Marienplatz. Ein 18jähriges Mädchen versuchte, von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abzuspringen, glitt aus und geriet unter den Anhängelwagen so unglücklich, daß ihr der Kopf zerquetscht, der Brustkorb eingedrückt und der rechte Arm abgeschnitten wurde. Der Tod trat sofort ein.

Im Hintergebäude des Hauses Nr. 76 im Tal stürzte ein Dienstmädchen, das an einem Fenstergeßel Wäsche aufhing, durch zu weites Vorbeugen mit dem Geßel aus dem zweiten Stock in die Tiefe und erlitt schwere Verletzungen.

Berlin, 23. Mai. Das gestrige Gewitter ist das schwerste, welches Berlin seit dem 14. April 1902 betroffen hat. Die Zahl der beobachteten elektrischen Entladungen war eine ungewöhnlich große. Es wurden in der Minute bis 19 Blitze gezählt. Zeitweise erschien das Firmament wie in ein Flammenmeer getaucht. Dennoch ist durch die elektrischen Entladungen nur wenig Schaden verursacht worden, umsomehr aber haben Ueberflutungen und Hagel Schaden verursacht.

Glarus, 23. Mai. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern Abend beim Bau des großen Röntgenwasserwerkes. Man probierte die obere Röhrenleitung zwischen dem Wasser- schloß und dem Maschinenhaus. Bei der zweiten Verankerung sprengte die Kraft des Wassers den Verschluss und setzte die in der Nähe stehenden Personen wie Fliegen weg. Drei Personen wurden sofort getötet, zwei sehr schwer, vier weitere leicht verletzt. Sofort getötet wurden: Ingenieur Weinmann aus Winterthur, Martin Stähli aus Metstal und Föhn aus Glarus. Lebhaft bedauert wird der Tod dieser tüchtigen Leute. Der Verunglückte Stähli wurde von seinem eigenen Vater aus dem Schutt herausgehoben. Föhn erhielt durch ein weggeschleudertes Stück Holz einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß der Tod sofort eintrat. Die Verletzungen zweier weiterer Verunglückten sind so schwere, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Detonation beim Springen des Verschlusses wurde im weiten Umkreis gehört.

Paris, 24. Mai. In Croix ermordete der Belgier Galli gestern eine 19jährige Arbeiterin, mit welcher er sich während einer Stunde in einem Hotelzimmer befand. Der Mörder wurde verhaftet.

Budapest, 23. Mai. Nach einem vorausgegangenen Streit hat die Frau des Kohlenhändlers Nagy ihren schlafenden Gatten

mit Petroleum übergossen und angezündet. Der Mann ist tödlich verwundet, die Frau wurde verhaftet.

Rom, 23. Mai. In Apulien und zwar in Ciurigna und Torre Santa Susanna flogen gestern zwei Pulverfabriken in die Luft. 3 Personen wurden getötet, vier verwundet.

Mailand, 23. Mai. Unweit Vicenza hat sich ein Automobil- Unglück ereignet. Der russische Botschafter Graf Kapnist wurde getötet, seine Gemahlin und Tochter sowie eine andere Dame verwundet.

Lissabon, 22. Mai. In Montalegre (Provinz Tragos-Montes) sind 17 Hauptgebäude der Stadt, darunter auch ein Armenasyl, durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Viele Einwohner sind obdachlos. In der Stadt herrscht eine Panik, welche noch dadurch gesteigert wird, daß Diebe sich die Aufregung zunutze machen, um die Wohnungen zu plündern.

Die Untersuchung über die Eisenbahn-Katastrophe von Contich

hat zur Verhaftung des Verführers Saen geführt, welcher die Leitung der Reparaturarbeiten an den Weichen des Bahnhofs übernommen hatte. Ein weiterer Verletzter ist in letzter Nacht seinen Wunden erlegen. Ferner wurde ein Wäder, der sich zur Zeit der Brüsseler Katastrophe in dem Brüsseler Zuge befand, gestern plötzlich wahnsinnig und mußte ins Irrenhaus überführt werden.

Vom Hauptmann von Rhodiz. Der Schuhmacher Voigt hat im Gefängnis eine schwere Krankheit überstanden. Etwa 8 Wochen hindurch hat er an einer schweren Lungenentzündung darnieder gelegen. Er ist jetzt wieder als geheilt aus dem Gefängnislazarett entlassen worden und hat seine Zelle wieder bezogen.

Die Stadtverordnetenwahl

Die sozialdemokratische Liste.

In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurden die nachfolgenden Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl nominiert:

1. Hele August, Buchdrucker.
2. Bergmann Wilhelm, Maschinist.
3. Wisse Christian, Schneider.
4. Gräffe Max, Kupferschmied im Stadtteil Veiertheim.
5. Sipp August, Maler.
6. Hof Wilhelm, Buchdrucker.
7. Kiese Josef, Heizer.
8. Krebs Friedrich, Maurer.
9. Möhrlein Friedrich, Wirt.
10. Mah Heinrich, Metallschleifer im Stadtteil Ruppurr.
11. Rothweiler Emil, Steinbruder.
12. Sauer Heinrich, Schlosser.
13. Schwall August, Gauleiter des süddeutschen Eisenbahnerverbandes.
14. Schwerdt Gottlob, Glaser im Stadtteil Mühlburg.
15. Stoll Friedrich, Sattler.
16. Thierer Johannes, Bierbrauer.
17. Weismann Anton, Mediziner.
18. Wörner Friedrich, Fabrikarb. im Stadtteil Rintheim.

In den heute stattfindenden Versammlungen sprechen die Landtagsabgeordneten Dr. Frank (Krone, Oststadt), Süßkind (Württembergischer Hof, Weststadt), Kolb (Stefanienbad, Veiert eim).

In der Südweststadt wird morgen (Dienstag) Abend ebenfalls eine Versammlung abgehalten. Sie findet im Prinz Heinrich statt. Referent ist Stadtverordneter Billi.

An die Karlsruher Leser! Eine Bekanntmachung der Stadtverwaltung, die Wahl der Stadtverordneten betreffend, mit Angabe der auscheidenden Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums und der Einteilung der Wahlbezirke für die Bürgerauswahlwahlen ist heute in Form einer Beilage unserer Stadtausgabe beigegeben. Wir bitten unsere Leser, hiervon Kenntnis zu nehmen und sich die Beilage aufzuheben.

Um eine Wiltion müßte die Umlage gesteigert werden, — wenn man alle die Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinde erfüllen wollte — so behaupten die Gegner der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Wahlkampf. Dieses Argument bildet so ziemlich den Hauptinhalt der Reden in den Blockversammlungen.

Es lohnt sich, einmal zu prüfen, was Wahres an dieser Behauptung ist. Und wirklich, wahr ist unter allen Umständen, daß die Sozialdemokratie noch sehr, sehr viele Forderungen an die Gemeinde zu stellen hat, die bisher unerfüllt geblieben sind zum Schaden der großen Mehrheit der hiesigen Einwohnerschaft. Daß dem so ist, liegt aber nicht an dem Verschulden der Sozialdemokratie, sondern an den bürgerlichen Parteien, insbesondere den National Liberalen, die von altersher das Karlsruher Rathaus beherrscht und dabei eben leider so vieles unterlassen haben, was im Interesse der Allgemeinheit notwendig gewesen wäre. Man wollte immer nur „sparen“ und jene Schonen, die auf dem vollen Geldsack saßen. Man „sparte“ auch an Schulhäusern. Die Folge waren unhaltbare Zustände, Ueberfüllung der Klassen usw. und die weitere Folge, daß jetzt der Bau von Schulhäusern in desto rascherem Tempo betrieben werden muß und daß damit der Gegenwart Lasten aufgehakt sind, die „man“ früher hätte übernehmen müssen. Wenn heute das Gemeindebudget durch Schulhausbauten gegenüber früheren Jahren außerordentlich belastet ist, so ist das zurückzuführen auf die Sünden der Väter. Und diese Väter waren Nationalliberale. Man laßt heute darüber, daß der verstorbene Oberbürgermeister Lauter bei der Einweihung eines Schulhauses einmal gesagt haben soll, es wäre jetzt der Bedarf

an Schulhäusern auf absehbare Zeit gedeckt, aber unter denen, die heute darüber lachen, sind manche, die damals die Welt durch dieselbe Brille sahen.

Und nicht nur auf dem Gebiete der Schule, auch auf allen anderen Gebieten des kommunalen Lebens hat die Sozialdemokratie noch weitgehende Forderungen zu stellen, so eine gerechtere Besteuerung durch Abschaffung des Citrois, Ausbau des Straßenbahnnetzes, Lehrmittelfreiheit, Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Bezahlung der städtischen Arbeiter und Bediensteten, eine großzügige Boden- und Wohnungspolitik, Eingreifen der Kommune auf dem Gebiete der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. usw. Wie gelangt eine Reihe von Forderungen, die gewiß erstreckliche Mittel erfordern. Nun suchen unsere Gegner aber in ihren Versammlungen den Durchschnittsbürger vor diesen Dingen gruselig zu machen, indem sie ihm eine weitere gewaltige Steigerung der Umlage prophezeien. Die von den Sozialdemokraten geforderte Verbesserung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter allein würde 400 000 M. Umlage mehr erfordern.

Sier beginnt nun die Unwahrheit. Abgesehen davon, daß es niemanden in der Sozialdemokratie einfällt, all das, was man will und erstrebt, mit einemmale durchzuführen, kommt doch auch noch verschiedenes andere in Betracht. Einmal schwebt der Sozialdemokratie eine andere Besteuerung in der Gemeinde vor, welche die reichen Leute erheblich mehr zu den Lasten des Gemeinwessens heranziehen und das wenig oder nichts besitzende werktätige Volk entlasten soll. Mit der Besteuerung des unerdienten Wertzuwachses, mit einer schärferen Heranziehung der Kapitalvermögen zur Gemeindebesteuerung würde man ganz erhebliche Mittel gewinnen, ohne die

Wahlen kosten Geld!

Parteienossen, trägt euer Scherstein zu den Wahlen bei. Wir wissen sehr wohl, daß die gegenwärtige Art und die herrschende Lebensmittelsteuer Ausgaben für besondere Zwecke nicht erlauben. Aber

viele wenig machen ein viel!

Gibt jeder organisierte Arbeiter, jeder Parteigenosse nur 20 Pf., dann kommen schon hübsche Beträge in die Kasse des sozialdemokratischen Vereins. Die

Sammellisten

werden euch vorgelegt. Benutzt sie und gebt anderen ein gutes Beispiel! Die Freude an unserm Siege wird euch reichlich für die finanziellen Opfer entschädigen.

kleinen Geschäftsleute, verschuldeten Hausbesitzer, Beamten und Arbeiter mit höheren Umlagen behelligen zu müssen. Man müßte nur einmal ernstlich daran gehen, die Mittel für die Bedürfnisse der Gemeinde dort zu suchen und zu holen, wo sie am leichtesten gefunden werden können. Man höre auf mit der Schonung des großen Geldsacks und man wird die Möglichkeit haben, das werktätige Volk zu schonen und doch die Aufgaben der Gemeinde besser erfüllen zu können, als es bisher der Fall war.

Es kommt hinzu, daß verschiedene unserer städtischen Unternehmungen sehr wohl einer Steigerung ihrer Rentabilität fähig wären, wenn sie nach vernünftigen Gesichtspunkten geleitet würden. Man denke nur an unsere Straßenbahn und an die Zustände, die da herrschen. So lange man der Bemühen der ganzen Stadtteile durch die gegenwärtigen Zustände die Verhütung der Straßenbahn geradezu verleidet, ist es kein Wunder, wenn die Frequenz und damit auch das finanzielle Ergebnis nicht die wünschenswerte Steigerung zeigt. Man schneide endlich einmal den bürokratischen Joch ab und lasse den gesunden Menschenverstand walten. Das sei nicht nur bezüglich der Straßenbahn, sondern auch mit Bezug auf andere städtische Betriebe, wie z. B. Elektrizitätswerk, gesagt.

Die verschiedenen Stadtväter, die jetzt in den Wahlversammlungen des Blocks vor den „undurchführbaren“ Forderungen der Sozialdemokratie gruselig machen und sich in der Rolle des Propheten gefallen, würden geschwehrt tun, daheim im stillen Kämmerlein darüber nachzudenken, wie viel sie selber daran schuld sind, daß heute die Sozialdemokratie und mit ihr die Mehrheit der Einwohnerschaft unserer Stadt noch so viele Forderungen zu stellen hat.

Aber freilich, die Herren haben guten Grund, vor den Forderungen der Sozialdemokratie Angst zu machen. Diese wahlagitorisch tätigen Stadtväter sind selber heimreiche Leute und sie wissen, daß, wenn es in der Gemeinde einmal nach dem Willen der Sozialdemokraten geht, ein Griff in ihren Geldsack gemacht werden wird. Es ist also das Interesse des Geldsacks, das den bürgerlichen Wahlrednern die Angstreben vor der Sozialdemokratie in den Mund diktiert. Das Interesse des Geldsacks ist aber nicht das Interesse der großen Masse unserer Mitbürger, jedenfalls nicht das der Wähler in der dritten Klasse. Diese werden sich also, wenn sie ihre eigenen Interessen verstehen, nicht von den Besitzern von Millionen und Hunderttausenden, „belehren“ lassen, sie werden sich an die Fabel erinnern, in der der Fuchs den Enten predigt und werden den sozialdemokratischen Stimzettel abgeben.

Die Wahlarbeiten

am Samstag und Sonntag haben unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen stattgefunden. Es war eine Freude, zu sehen, mit welchem Eifer jüngere und ältere Parteigenossen der Arbeit oblagen. Das ist ein gutes Zeichen für den Ausfall der Wahl.

Das Recht der Sozialdemokratie

auf die Siege der 3. Klasse im Bürgerauswahl erkennt sogar der „Beobachter“ an. Er schreibt: „Der „Volksfreund“ nimmt Notiz von unserer Feststellung, daß Abmachungen zwischen den vereinigten Liberalen und dem Zentrum statt-

Fortsetzung auf der 7. Seite.

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund

gewunden hätten und schreibt, es sei unrichtig, daß die Sozialdemokraten sämtliche 16 Sitze in der 3. Klasse ge-...

45 Prozent der Reichstagswähler

haben in Karlsruhe im Jahre 1907 den sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben. Da sollte es uns nicht gelingen, die 3. Klasse im Bürgerauschuss zu erobern?...

Das Wahlgeheimnis ist vollständig gesichert!

Zum erstenmale werden bei den Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe

Kouverts

verwendet. Niemand kann kontrollieren, welchen Zettel der Wähler abgibt. Die Wahlhandlung geht am nächsten Mittwoch in der gleichen Weise vor sich, wie bei der Reichstagswahl!

Abhängige Wähler können also getrost den sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Parteigenossen, macht Angehörige und Säumige auf diesen wichtigen Umstand aufmerksam.

Rüppurr.

Die gestern hier in der „Krone“ stattgefundene Wählerversammlung war von etwa 60-70 Wählern besucht. Genosse Schwall-Karlsruhe führte in einstündigem Vortrag den Wählern die Bedeutung der Kommunal-Wahlen vor Augen.

In der Diskussion sprachen die Genossen Dichtenfels und May im Sinne des Referenten. Von gegnerischer Seite sprach ein Herr Schäfer, der ausdrücklich bemerkte, mit den Ausführungen des Referenten größtenteils einverstanden zu sein, aber, meinte er, nur keine Sozialdemokraten aufs Rathaus, wie wir sie in Rüppurr hatten, die hätten den Mittelstand ruiniert! Auf welche Art hat Herr Schäfer, der der konservativen Partei angehört, nicht gesagt. In seinem Schlußwort wies Genosse Schwall die von Herrn Schäfer aufgestellte Behauptung zurück und sprach die Meinung aus, daß nach Lage der Dinge die Rüppurrer Bürger samt und sonders zur Sozialdemokratie gehören müßten. Um 11 Uhr fand die Versammlung ihren Abschluß, worauf der Arbeitergesangverein „Freundschaft“ mit Schwung und Begeisterung das Lied „Wellenfrieden“ zum Vortrag brachte.

Rintheim.

Am vergangenen Freitag fand im Gasthaus zum „Hirsch“ eine Wählerversammlung des Gemeinde-Blocks statt. Als Referenten waren die Herren Stadtverordneten Rechtsanwalt Frey und Edelmänn erschienen. Ihr Vortrat war sachlich gehalten. Nachdem Herr Stadtvor. Herr die Rintheimer Verhältnisse geschildert und Herr Schmid eine bauernblinderische Rede gehalten, wobei die Vermögenssteuer kritisiert wurde, erhielt der Genosse, Stadtverordnete Meier, das Wort, um in längerem Ausführungen die Stellung unserer Partei zur Gemeindepolitik darzulegen, wobei der bekannte „diplomatierte Landwirt“ aus Rintheim in beleidigten Zwischenrufen seine Bildung beweisen mußte. Die Referenten Frey und Edelmänn wiederholten in gereiztem Tone, es war klar ersichtlich, daß die Ausführungen unseres Redners unangenehm wirkte. Die Versammlung war von 47 Personen, darunter eine ganze Anzahl Parteigenossen, besucht.

Nur noch zwei Tage

trennen uns von der Wahl. Am Mittwoch muß die gesamte sozialdemokratische Wählerschaft auf die Beine gebracht werden. Es gilt, die Rechte der Wähler der 3. Klasse gegen den Ansturm der gesamten bürgerlichen Parteien zu verteidigen.

Der Mittwoch muß der Tag der Wahl werden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 25. Mai.

Die Straßenbahnen.

Aus der Stadtratskanzlei wurde die nachfolgende Mitteilung an die Presse versandt:

In einem Artikel des „Volksfreund“ vom 18. Mai ist unter der Überschrift „die Spätwagen und die Straßenbahn“ behauptet, das Karlsruher Straßenbahnpersonal habe einen viel zu langen Dienst, nämlich einen Tag 18 Stunden und den andern 18 Stunden, und dazu komme noch die Führung der Spätwagen. — Diese Behauptungen sind unwahr. Die Dienstzeit des Fahrpersonals beträgt täglich durchschnittlich 9 Stunden 55 Minuten; dabei ist jeder 6. Tag dienstfrei. Nur an den freien Tagen vorangehenden Dienstagen beträgt die Dienstzeit mehr als 11 Stunden, aber höchstens 11 Stunden und 25 Minuten. Der Spätwagendienst (6 Wagen) trifft das Personal durchschnittlich 2 mal im Monat und verlängert an diesen Tagen die Dienstzeit um 46 Minuten, die Besten bezahlt werden. Die Dienstzeit des Karlsruher

Straßenbahnpersonals ist wie auch seine Bezahlung günstiger als bei weitaus den meisten deutschen Straßenbahnen geregelt. Auch die vom Oberbürgermeister bei der Voranschlagsberatung in Aussicht gestellte Verbesserung der Diensterteilung ist am 1. Mai in Kraft getreten, was den „Volksfreund“ aber nicht hindert, das Gegenteil zu behaupten.

Wie liegen die Dinge in der Wirklichkeit? Die Behauptung, das Personal habe einen Tag 18 Stunden, den andern Tag 13 Stunden Dienst, ist natürlich so gemeint, das Personal steht 18 Stunden und 13 Stunden im Dienst, die Pausen dazu gerechnet, und das wird auch mit dem Auszug genau stimmen. Bei Kurs Nr. 9, Strecke Nr. 1, steht das Fahrpersonal „nur“ 18,21 Stunden im Dienst, das Personal hat somit, Pausen abgezogen, sogar 14,41 Stunden reine Dienstzeit, nicht nur 11,25 Stunden, wie im Stadtratsbericht steht. Und wie steht es mit der Dienständerung ab 1. Mai? Davon weiß das Personal nichts, und der Verein „Vereinigtes Fahrpersonal“ wartet heute noch auf Antwort auf die Eingabe, die er an den Stadtrat wegen Dienstverlängerung gerichtet. Oder soll vielleicht das die Dienstverlängerung sein, die vorgenommene Änderung an Kurs 5, Strecke 1? Dort hat das Fahrpersonal 20 Minuten weniger Dienst, aber diese fallen auf einen anderen Tag, so daß der Dienst sich gleich bleibt. Auch ist ab 1. Mai ein Spätwagen eingesetzt worden, so daß das Personal sogar eine Dienstverlängerung erhalten hat. Das sind Tatsachen, welche aber nicht hindern, daß in der Berichterstattung des Stadtrats — um mit den eigenen Worten zu reden — das Gegenteil behauptet wird.

Zur Schärfung des Sprachgefühls. Daß die Deutschen ihrer Muttersprache nicht dieselbe liebevolle, aufmerksame Pflege widmen, wie andere Völker, ist eine oft gehörte und leider nur allzu berechtigte Klage. Wieviele Deutsche meinen, bei dem Schreiben komme es nur darauf an, was man zu sagen habe; das „Wie“ sei Nebensache.

Dabei die weitverbreitete Gleichgültigkeit gegen schöne Sprachform, Vernachlässigung der Sprache, schleppende, geschrabte, schwülstige Sätze, Mißbrauch und Ueberfülle von Fremdwörtern und somit auch gar nicht so selten bedenkliche Verhölle gegen Sprachrichtigkeit. Daß dies eine Schattenseite unseres Schrifttums ist, wird jetzt erfreulicherweise mehr und mehr erkannt. Man dringt auf Einfachheit und Natürlichkeit der Sprache.

So ist die Arbeit des deutschen Sprachvereins bei zahlreichen Behörden und Privaten auf fruchtbaren Boden gefallen. Um nun immer weitere Kreise auf die hohe Bedeutung der Sprachpflege aufmerksam zu machen, veranstaltet der Zweigverein Karlsruhe am nächsten Freitag Abend halb 9 Uhr im großen Rathhausaal einen Vortrag über die Schärfung des Sprachgefühls.

Herr Dr. Weiner, am Lehrerseminar I hier, wird die Frage beantworten: „Was ist Sprachgefühl und warum soll es geschärft werden?“ Er wird sich dann des weiteren über Entstehung, Entwicklung und Veränderung des Sprachgefühls, mangelndes, überpeinliches und unsicheres Sprachgefühl, über Sprachlehre, Sprachwillkür und Sprachgebrauch, sowie über die Beeinflussung des Sprachgefühls durch Belehrung verbreiten. Der Vortrag ist für jedermann unentgeltlich; auch Damen sind freundlichst eingeladen.

Wir machen auf diesen hörenswerten Vortrag aufmerksam. Ein schon vielfach bestraffter Dieb, der mit besonderer Vorliebe Mansardendiebstähle als Spezialität betreibt, erschien in der Person des 28 Jahre alten Schmieds Eduard Schwab aus Leimersheim in der Anklagebank des hiesigen Landgerichts. Der Angeklagte hatte sich am 18. Januar in das Haus Kaiserstraße Nr. 235 eingeschlichen, um zu fressen. Er war gerade daran, im vierten Stockwerk eine verschlossene Mansarde, an der aber der richtige Schlüssel steckte, zu öffnen, als das Dienstmädchen dazu kam, welches das Mansardenzimmer bewohnte.

Von dem Mädchen zur Rede gestellt, entfernte sich Schwab unter einigen nichtssagenden Redensarten und nahm dabei den von ihm heimlich abgezogenen Zimmerschlüssel mit. Das Dienstmädchen vermehrte alsbald seinen Schlüssel, ging Schwab nach und forderte ihn zurück, worauf der Angeklagte den Schlüssel herausgab. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft auf 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Eine schlimme Erinnerung wird wohl für alle Zeiten eine ehemalige, gut badiische Einrichtung, das Kilometerfest, für die Ehefrau Luise Schmid, geb. Hoff, aus Karlsruhe bleiben. Sie besaß ein solches Fest, mit dem sie am 4. April nach Pforzheim fahren wollte, da die Kilometerzahl noch nicht vollständig ausgenutzt war, das aber schon am 28. März seine Geltungsdauer verloren hatte. Dem letzteren „Mangel“ suchte die Angeklagte dadurch abzuwehren, daß sie das Wort März an dem Geltungsvermerk ausradierte und durch das Wort April ersetzte. Diese Veränderung wurde aber sofort bemerkt und die Frau wegen Urkundenfälschung zur Anzeige gebracht. Sie hat nun ihre unüberlegte Handlungsweise mit 2 Wochen Gefängnis zu büßen. (Uns scheint die Strafe ziemlich hoch. Red.)

Letzte Post.

Massenkündigung in der Brown'schen Maschinenfabrik.

Mannheim, 24. Mai. Die Firma Brown, Boverie u. Cie. hat den Arbeitern derjenigen Abteilungen, die nicht kündigt, selber gekündigt, es stehen also circa 1400 Mann in Kündigung.

Die Rhein-Regulierung.

Bingen, 23. Mai. Die Vertreter sämtlicher Rheinuferstaaten, z. B. von Preußen, Bayern, Hessen, Baden, Elsaß-Lothringen usw. werden Anfangs Juni hier in Bingen zusammen kommen. Der einzige Punkt der Tagesordnung ist die Rhein-Regulierung.

Der Hochadel und seine Erpfeffer.

Frankfurt a. M., 23. Mai. Wegen Erpfefferung wurde ein Diener in Untersuchungshaft genommen, der nach seiner Angabe mit einem Angehörigen des Hochadels schmutzige Geschichten gegen Bezahlung getrieben haben will. Was an der Sache ist, wird die Untersuchung lehren.

Die internationale Krise.

Budapest 24. Mai. Die Budapester Mühlenfirmen haben mit Rücksicht auf die in den letzten Monaten erlittenen Verluste beschlossen, ihren Betrieb auf zwei Wochen vollkommen einzustellen!

Vereinsanzeiger.

Offenburg. (Arbeitergesangverein Freiheit.) Dienstag 26. Mai in der „Neuen Palz“ Probe für Männerchor.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent K. S. Wenden Sie sich bitte an Dr. med. Kühn, Leipzig, Liebigstr. 8. Von ihm erhalten Sie nähere Aufklärung.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

20 000 Mark, der Haupttreffer der Baden-Badener Geldlotterie, fiel auf Nr. 24 512 und kam nach Billingen im bad Schwarzwald. Der Betrag wurde dem glücklichen Gewinner von der Firma J. Stürmer, Strahburg i. G., Langstraße 107, bar ohne Abzug ausbezahlt. — Am 4. Juni findet die Ziehung der Offenburger Pferde-Lotterie garantiert statt, wobei Gewinne im Werte von 30 000 Mk., Hauptgewinne 6000 Mk., 2400 Mk. usw. zur Verlosung kommen, welche sämtliche mit 80 Proz. auszahlfähig sind. Die Lose sind sehr beliebt und finden guten Absatz und waren in früheren Jahren stets einige Zeit vor Ziehung ausverkauft, weshalb man sich mit dem Ankauf derselben beeilen möge. Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk., Porto und Liste 25 Pf., empfiehlt Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Strahburg i. G., Langstraße 107, und alle Losverkaufsstellen.

Eingang von Neuheiten

in

Wasch-Konfektion

2396

für die

Hochsommer-Saison 1908.

Für Herren:

Tennis-Anzüge.

Euster-Anzüge.

Strand-Anzüge.

Euster-Sacco.

Rohseiden-Sacco.

Flanell-Sacco.

Vorzüge der Firma:

Für Knaben:

Wasch-Blousen-Anzüge.

Wasch-Joppen-Anzüge.

Flanell-Anzüge.

Einzelne Wasch-Blousen.

Einzelne Wasch-Kosen.

Euster-Joppen.

Wir unterhalten stets 45 verschiedene Grössen fertig am Lager, bieten jeder Figur fast ohne Aenderung gut passende Kleidung in denkbar grösster Auswahl.

Spiegel & Wels.

